

## Die mitteleuropäische Konferenz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Budapest, 12. Dezember.

Der gestrige erste Tag der Mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz brachte außer der Erörterung und Annahme von Beschlüssen über die Abwicklung des Eisenbahnverkehrs und der Gültertarife auch Anträge über das Problem der Binnenschifffahrt und der Kanäle. Die Anträge, die von Seiten der Referenten aus den drei Monarchien gestellt wurden, wurden in allen Punkten mit den in Betracht kommenden Ergänzungen angenommen. Der Referent für Ungarn, Hofrat Csattary, beantragte, zwischen den Regierungen Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns eine gemeinsame Beratung aller auf die Ausgestaltung der Donauwege bezüglichen Angelegenheiten vorzunehmen und die Entsendung eines zwischenstaatlichen Zentralausschusses anzuzupfehlen. Die Donau sei mit dem Rhein, der Eger und der Elbe durch Kanäle zu verbinden, und die Uferstaaten sollten sich gegenseitig paritätische Behandlung und Abgabefreiheit zusichern. Der Referent für Deutschland, Stöller, stellte den Antrag, grundsätzliche Bestimmungen über die Erstellung von Eisenbahnumschlagtarifen festzulegen, derart, daß auch dieser die Wasserstraßen beeinflussenden Verkehrspolitik der beteiligten Reiche und Staaten ein dem gemeinsamen Wirtschafts- und Verkehrszweck entsprechender Ausgleich versucht werden solle.

Professor Dr. Kobatsch hat, über den Sitz der Donaukonferenz und der Kommission heute nicht abzustimmen, da in Oesterreich zahlreiche Stimmen gegen die Abgabefreiheit, die von Ungarn und Deutschland befürwortet sei, erhoben wurden. Präsident Dr. Welserle erklärte in seinem Resümee, mit Bezug auf die Frage der Donaukommission nähmen die Ungarn den berechtigten Standpunkt ein, daß sie seinerzeit, wenn es sich um die Konstituierung der Donaukommission handeln wird, sich an dieser beteiligen werden, wenn die Kommission in Budapest tagen wird, was als gemeinsames Prinzip der Wirtschaftskonferenz zum Beschluß erhoben wurde.

Heute kommt die Frage der Zoll- und Handelspolitik an die Reihe. Die Referenten haben die diesbezüglichen Anträge in gemeinsamen Beratungen vorbereitet. — Zu Ehren der Gäste gab Präsident Dr. Welserle gestern abend ein Essen.

Budapest, 12. Dezember.

In der heute fortgesetzten Beratung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes gelangte das wichtigste Wirtschaftsproblem zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die Frage der gemeinsamen Handels- und Zollpolitik, zur Verhandlung. Die Delegierten der drei Staaten stellten gemeinsame Richtlinien hierüber fest. Zunächst wird betont, daß das Waffenbündnis sich auch auf die Handels- und Wirtschaftspolitik erstrecken muß. Dieses Bündnis soll im Verhältnis zu anderen Staaten Geltung erlangen. Die drei Staaten gewähren einander wirtschaftliche Konzessionen, die von den befreundeten Staaten nicht auf der Basis des Meistbegünstigungsrechts beansprucht werden können. Der Beschluß fordert ferner eine zollpolitische Annäherung der drei Staaten und spricht die Notwendigkeit aus, daß die Verbündeten in der Zollpolitik gegenüber fremden Staaten die gegenseitigen Interessen wahren und gemeinsam auftreten. Die Abschließung von Zollverträgen mit fremden Staaten geschieht zu gleicher Zeit im Einverständnis miteinander bei gegenseitiger Unterstützung. Zur Vereinheitlichung des Vorgehens in Zollangelegenheiten und Vertiefung der einander zu gewährenden Begünstigungen ist eine ständige Kommission, und zur Austragung strittiger Fragen eine Jury zu bilden. Von deutscher Seite referierte Geheimrat Wolff über diesen Gegenstand.